

16.08.2017

PRESSEMITTEILUNG 20/2017

WILHELMSHAVENER HAFENWIRTSCHAFTS VEREINIGUNG E.V.

Wilhelmshavener Hafenwirtschafts Vereinigung e.V.



**WHV e.V. und CDU Politiker des Unterausschusses Häfen und
Schifffahrt im Gespräch
Maritime Themen im Mittelpunkt**

Den Besuch der drei CDU-Landtagsabgeordneten Bernd-Carsten Hiebing, Karsten Heineking und Burkhard Jasper (alle Mitglieder des Unterausschusses Häfen und Schifffahrt des Landes Niedersachsen) nutzte der Geschäftsführende Vorstand der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung e.V. (WHV e.V.) John H. Niemann, Hans-Joachim Uhlendorf und Heiner Holzhausen sowie Günter Reiche, WHV e. V. Consultant, und Dr. Jörg Niegsch, NWO Geschäftsführer, um zwei für den Wilhelmshavener Hafen wichtige maritime Themen miteinander zu besprechen.

Das erste Thema war die Unterrichtung über den Stand der möglichen Entwicklung eines Binnenwasserstraßenanschlusses des Wilhelmshavener Hafen mit seegängigen Binnenschiffen in die Weser hinein. Damit könnte das gesamte europäische Binnenwasserstraßennetz per Großmotorgüterschiff (GMS) befahren werden. Die erst kürzlich auf Betreiben der WHV e.V. und des Weserbundes freigegebenen 120 Millionen € für den weiteren Ausbau der Mittelweser sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung, um Ladung vermehrt auf das Binnenschiff zu bringen. Von den Abgeordneten zeigte besonders Burghard Jasper aus dem Wahlkreis Osnabrück West großes Interesse an den WHV e.V.-Plänen, da er sich seit Beginn seiner politischen Tätigkeit schwerpunktmäßig für die Förderung des Transportes von Gütern auf Wasserstraßen einsetzt. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, darauf hinzuwirken, dass die zur Verfügung stehenden 120 Millionen € schnellstmöglich von den Wasserbaubehörden für die noch fehlenden planfestgestellten Baumaßnahmen eingesetzt werden um Verzögerungen zu vermeiden. Allein aus Brake wird eine Zunahme des Binnenschiffstransportvolumens auf der Mittelweser um rund 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr zusätzlich zu den heute bereits von dort verschifften rund 1,3 Millionen Tonnen pro Jahr erwartet.

Mit sehr großem Interesse folgten die Abgeordneten der Präsentation von Herrn Dr. Niegsch über den Stand der Machbarkeitsstudie für einen LNG Importterminal in Wilhelmshaven. Er und Hans-Joachim Uhlendorf sind die WHV e.V.-Vertreter in der Arbeitsgruppe zusammen mit der Oldenburgischen IHK und Mariko, Leer. Wichtige

Gründe sprechen für den Standort Wilhelmshaven:

- Störungs- und tidefreies Fahrwasser bis zu 18 m Tiefgang
- Das geplante Floating Storage Regasification Unit (FSRU) ist die preisgünstigste und flexibelste Lösung für ein LNG-Importterminal
- Ein preiswerter Pipelineanschluss an das deutsche Gasnetz mit erheblichen Transportkapazitäten und an die Untertagespeicher (Kavernen) in Etzel ist kurzfristig realisierbar. Damit kann das Gas zwischengelagert werden bzw. in das Gasnetz eingespeist werden.

Interessiert hörten die Abgeordneten den Schilderungen über die Situation des derzeitigen Gasmarktes zu: Die Europäische Union und damit auch Deutschland sind als Russlands wichtigste Kunden völlig abhängig vom russischen Markt. Der nächstgrößte Lieferant von Gas ist Norwegen. Deutschland verfügt über kein LNG-Terminal; man verlässt sich auf die EU-Nachbarländer. Als Reaktion auf mögliche Lieferengpässe aus Russland hat sich die EU in ihrer Energiesicherheitsstrategie offiziell das Ziel gegeben „Lieferländer und -routen zu diversifizieren“.

„Bei einer ernsthaften Lieferkrise wird erst einmal jedes Land für sich selbst sorgen“, so John H. Niemann, Präsident der WHV e.V. „und erst dann verteilen, sofern noch Gas vorhanden ist“.

Eine besondere, den europäischen Gasmarkt beeinflussende Entwicklung zeichnet sich durch Donald Trumps Sanktionspolitik gegenüber Russland ab. Unter dem Deckmantel von Sanktionen betreiben die USA Industriepolitik zugunsten der eigenen Energieversorger. Damit wird sich das LNG Angebot auf dem Weltmarkt weiter erhöhen und möglicherweise den Gaspreis wirtschaftlich noch interessanter machen.

Die USA fördern z. Zt. mehr Öl und Gas, als sie verbrauchen und wollen den globalen Gasmarkt beherrschen.

Deutschland hat kein LNG-Terminal, kann somit auch nicht am freien Welt-Gasmarkt teilnehmen und damit die Lieferpreise der Pipeline-Lieferanten Russland und Norwegen beeinflussen.

Neben diesen Ländern verfügen Iran, Katar, Turkmenistan, Australien, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Venezuela und Nigeria über erhebliche Gasmengen, die auch als LNG angeboten werden. Diese Länder exportieren LNG per Tanker, denn der Umbruch im Gashandel hin zum globalen Markt kam erst mit der Verflüssigungstechnologie und der Liberalisierung des Gasmarktes. Durch die Abkühlung des Gas auf minus 160 Grad Celsius wird das Gas auf ein sechshundertstel seines gasförmigen Volumens reduziert und kann mit großen Tankschiffen von z. B. 170.000 tdw transportiert werden. Auf einmal sahen nicht nur Exportländer die Möglichkeit, ihre Märkte zu diversifizieren, zumal die Ressourcen langfristig gesichert sind. Auch Importländer erkannten die Chance, sich mit dem Bau von LNG-Terminals und Regasifizierungsanlagen aus der einseitigen Abhängigkeit eines Großlieferanten zu befreien, wie z.B. Litauen, Polen und die westlichen EU-Länder. Nur

Deutschland hat offenbar noch nicht verstanden, welche Chance in einem derartigen Terminal liegt.



Foto: von links Günter Reiche (WHV e. V. Consultant), Hans-Joachim Uhlendorf (WHV e.V. Vizepräsident), Burkhard Jasper, Karsten Heineking, Bernd-Carsten Hiebing (alle Unterausschuss Häfen und Schifffahrt CDU), Heiner Holzhausen (WHV e.V. Vorstandsmitglied), Dr. Jörg Niegsch (NWO Geschäftsführer) und John H. Niemann (WHV e.V. Präsident)

Autor: WHV e.V.

Siehe auch:

www.hafenwirtschaft-whv.de - Hafenfilm
www.wilhelmshaven-windenergie.de

Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung e.V. | Luisenstraße 5 | 26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/44700 | Fax: 04421/42462 | E-Mail: info@whv-wilhelmshaven.de